

Kleine Anfrage Fraktion FDP (Oliver Berger, FDP/Ursula Stöckli, FDP): Wie kann das Verkehrskonzept in der unteren Altstadt verbessert und den Interessen der Anwohner Rechnung getragen werden?

Das Verkehrskonzept untere Altstadt wurde von der Direktion TVS mit den Vereinigten Altstadtleuten VAL, den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften ausgehandelt.

Es handelt sich um ein Kompromiss. Er bringt dem Gewerbe Verbesserungen: die Zufahrt (Zubringerdienst) bleibt erhalten und für den Güterumschlag soll mehr Platz zur Verfügung stehen. Für die Anwohner hingegen kommt es jedoch zu verschiedenen negativen Veränderungen. So ist geplant, die Langzeitparkierung ins Rathausparking zu verlegen, was die Parkierungskosten wesentlich verteuert. Ebenso gibt es berechtigte Ängste, es handle sich trotz anderslautender Beteuerungen, um eine reine Salamatik mit dem Endziel die Innenstadt gänzlich autofrei zu machen. Dies wäre für Anwohner und das ansässige Gewerbe der Entzug einer wichtigen Grundlage. In den letzten Wochen hat sich daher von Anwohnerseite Widerstand zum Kompromissvorschlag formiert, weil offenbar verschiedene Anwohnende der Ansicht sind, dass ihre Meinung nicht angehört und vertreten wurde.

Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Inwiefern wurden die Anwohner in Ausarbeitung des Verkehrskonzepts untere Altstadt miteinbezogen?
2. Wie können die Nachteile der Anwohner (teurere Parkgebühren im Rathausparking, nur kurze Verweildauer für Güterumschlag) gelindert bzw. kompensiert werden?
3. Wie stellt die Stadt im Sinne der Rechtssicherheit sicher, dass
 - A) die Gebühren für die Anwohner im Rathausparking nicht mittelfristig erhöht werden (der aktuelle Vertrag gilt nur für drei Jahre)?
 - B) die untere Altstadt auch künftig für den berechtigten MIV erreichbar ist und den Gewerblern und Anwohner ihre Lebensgrundlage erhalten bleibt?
4. Ist diese neue Regelung überhaupt notwendig und verhältnismässig? Gemäss verschiedener Quellen, liesse sich die Situation in der unteren Altstadt auch durch eine Anpassung der Ausnahmebewilligungen und einen besseren Vollzug der bisherigen Regeln bereits verbessern.

Bern, 19. November 2020

Erstunterzeichnende: Oliver Berger, Ursula Stöckli

Mitunterzeichnende: Thomas Hofstetter, Bernhard Eicher